

Des Kanzlers Hofstaat

Das Bundeskanzleramt ist die mit Abstand größte Regierungszentrale der westlichen Welt. Es ist dreimal größer als der Élysée-Palast, achtmal größer als das Weiße Haus und zehnmal größer als Downing Street 10.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

sie geben vor – wie jede neue Regierung – vieles besser machen zu wollen und haben bislang vor allem den ihnen nahestehenden Kreisen geholfen: Die Rede ist von der neuen Ampelkoalition.

Verdoppelung der Nutzfläche

Beginnen wir mit einem Hinweis auf die Vergrößerung des „Kanzler-Hofstaates“, die – das muss der Ehrlichkeit halber auch angemerkt werden – bereits unter der ausgeschiedenen Kanzlerin Angela Merkel angestoßen wurde. Gemeint ist die Verdoppelung der Nutzfläche des Bundeskanzleramtes, das schon heute mit seinen mehr als 25 000 Quadratmetern die mit Abstand größte Regierungszentrale der westlichen Welt ist. Es ist dreimal größer als der Élysée-Palast, achtmal größer als das Weiße Haus und zehnmal größer als Downing Street 10! Und nun wird diese Fläche mit einem Neubau auf der anderen



Dipl.-Ök. Thomas Brügmann

Kolumne des Präsidenten

Spreeseite noch einmal verdoppelt. Der dafür ursprünglich geplante Kostenrahmen von 485 Mio. Euro wird nicht zu halten sein; nach gegenwärtigem Stand ist bereits mit rund 100 Mio. Euro Mehrkosten zu rechnen.

Verdiente Parteisoldaten

Weil an der neuen Regierung drei Parteien beteiligt sind, deren verdiente Parteisoldaten auf Steuerzahlerkosten versorgt sein wollen, stieg auch die Zahl der Parlamentarischen

Staatssekretäre auf nunmehr 37. Und weil von den 17 Bundesministern einschließlich des Kanzlers 12 zugleich Mitglieder des Deutschen Bundestages sind, kommen wir auf eine Zahl von derzeit 49 Koalitionsabgeordneten (37 + 12), die zugleich in Regierungsverantwortung stehen. Es sind also mehr als 10 Prozent der von der Ampel gestellten

416 Bundestagsabgeordneten, die zugleich ein Regierungsamt wahrnehmen. Die, und das muss offen gesagt werden, Diäten als Bundestagsabgeordnete erhalten und gleichzeitig für ihr Regierungsamt kassieren.

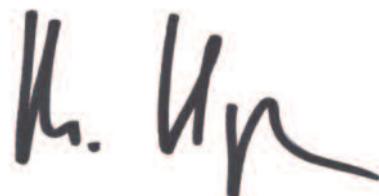
Steigerung: Von 14.000 auf nunmehr 24.000 Beamte

Das Jahresbudget der Bundestagsabgeordneten (im Wesentlichen Diäten, Aufwandspauschalen, Mitarbeiter, Bürokosten, Fahrdienst) hat sich zwischen den Jahren 2000 und 2020 von gut 500 Mio. Euro auf eine runde Milliarde nahezu verdoppelt. Und für 2022 ist ein neuer Kostensprung zu erwarten, weil das aktuelle Parlament mit 736 Abgeordneten so groß ist wie noch niemals zuvor. Auch die Ausgaben für die in den Ministerien arbeitenden Beamten haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren in etwa verdoppelt. Allein die Zahl der Mitarbeiter selbst stieg in diesem Zeitraum von rund 14.000 auf nunmehr 24.000.

Das alles kostet viel Geld, das der deutsche Steuerzahler, vorwiegend der Mittelstand, erwirtschaften muss, bevor es ihm von Staats

wegen wieder abgenommen wird. Die Mehrausgaben wären vertretbar und erträglich, wenn im gleichen Zuge die Qualität staatlichen Handelns zugenommen hätte. Doch davon ist bei Licht betrachtet nicht viel zu spüren. Teilweise kann man sich sogar nicht eines gegenteiligen Eindrucks erwehren – die Kakophonie der aus den einzelnen Ministerien (und dem Kanzleramt) dröhnen Stimmen hat zumindest gefühlt noch deutlich zugenommen. Dies zu verhindern wäre eine der vornehmsten Aufgaben der an der Schnittstelle zwischen Parlament und Regierung angesiedelten Spitzenbeamten: der Parlamentarischen Staatssekretäre. Doch es geschieht scheinbar nichts. Bis auf die Stellenzahl und Kosten, denn die steigen immer weiter.

Herzlichst Ihr



Besuchen Sie uns im Internet unter www.bvmu.de